

3. Antragstellendes Unternehmen

- 3.1 Unternehmensdaten** Name / Bezeichnung _____
Ansprechperson _____
- 3.2 Kontaktdaten** E-Mail _____
Telefon _____
- 3.3 Standort** Straße _____ Nummer _____
PLZ _____ Ort _____

4. Bauobjekt

- 4.1 Adresse** Straße _____ Nummer _____
PLZ _____ Ort _____
Bezirk _____
Einlagezahl _____ Grundbuch _____

4.2 Beschreibung

4.3 Aufstellung der Wohnungen nach Fertigstellung

Anzahl der Wohnungen _____ Wohnnutzfläche _____ m²
Gewerblich genutzte Fläche (z.B. Büro, Geschäft, Arztpraxis etc.) _____ m²

- 4.4 Wohnungsart** ☐ Mietwohnungen ☐ Eigentumswohnungen

5. Fördermittel

- 5.1 Laufzeit des Darlehens** Ich / Wir beantrage/n einen Zuschuss über eine Darlehenslaufzeit von
☐ 15 Jahren
☐ 25 oder 30 Jahren

6. Zusätzliche Maßnahmen

- 6.1 Siedlungsschwerpunkt** ☐ Es wird die **Zusatzförderung** von 25 Euro pro m² förderbarer Fläche bei einer umfassenden Sanierung beantragt. Bei einer Einzelbauteilsanierung ist die Gewährung dieses Zuschlags nicht möglich.¹
- 6.2 Dämmstoffe** ☐ **Verzicht auf mineralölbasierte Dämmstoffe** an der gesamten thermischen Hülle:
Es wird die Zusatzförderung von 25 Euro pro m² förderbarer Fläche beantragt.

¹ Eine ausführliche Darlegung durch den Förderungswerber als Begründung für den Siedlungsschwerpunkt ist dem Antrag beizulegen.

7. Baunebenkosten

- ☐ Es wird die **Anerkennung von Baunebenkosten** beantragt. (In diesem Fall ist im Rahmen der Endabrechnung ein entsprechender Nachweis vorzulegen.)

8. Weitere Leistungen

8.1 Förderungen / Versicherungsleistungen

Wurden (werden) zusätzliche Förderungen oder Versicherungsleistungen beantragt?
☐ Ja, von folgender Stelle _____ in der Höhe von _____ Euro
☐ Nein

9. Rechtliche Grundlagen für eine Förderung

Die Förderung basiert auf den Bedingungen des Oö. Wohnbauförderungsgesetzes 1993, LGBl. Nr. 6/1993 i.d.g.F. und den hiezu ergangenen Verordnungen der Oö. Landesregierung:

- Oö. Wohnhausanierungs-Verordnung II 2020
- Oö. Einkommensgrenzen-Verordnung 2012

Über das Ansuchen entscheidet die Oö. Landesregierung. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Förderung besteht nicht. Durch die Entgegennahme des Förderungsansuchens erwachsen dem Land Oberösterreich keine wie immer gearteten Verpflichtungen.

Voraussetzungen bei Bewohnung

Die geförderten Wohnungen sind ausschließlich zur Befriedigung des dauernden Wohnbedürfnisses (Hauptwohnsitz) zu verwenden. Ehepaare und eingetragene Partner müssen den selben Hauptwohnsitz haben.

Ab dem Zeitpunkt der Antragsstellung ist Neuvermietung oder Verkauf von geförderten Wohnungen nur an förderbare Personen möglich. Bestehende Mietverträge sind von dieser Regelung nicht betroffen. Eine diesbezügliche Prüfung hat der Vermieter und Wohnungsorganisator vorzunehmen.

Wer eine „Förderbare Person“ ist und was zum Haushaltseinkommen zählt finden Sie auf der Homepage des Landes Oberösterreich unter „Begriffe zum Thema Wohnen“ unter www.land-oberoesterreich.gv.at/13673.htm

Details zur Berechnung des Jahreshaushaltseinkommens siehe auch [Anlage 2](#).

Weitere Informationen

Sämtliche weitere Voraussetzungen und Informationen für diese Förderung finden Sie in ausführlicher Form auf der Homepage des Landes Oberösterreich unter www.land-oberoesterreich.gv.at/236302.htm

10. Erklärung

Die antragstellende Person **bestätigt** mit der Unterschrift, dass **alle Angaben richtig und vollständig** sind und erklärt, dass die **Bedingungen und Auflagen der Förderung** bekannt sind und diese vollinhaltlich und verbindlich **anerkannt** werden.

Die antragstellende Person **verpflichtet** sich mit der Unterschrift,

- Kundinnen und Kunden bzw. wohnungswerbende Personen wahrheitsgemäß über Förderungsvoraussetzungen, -ablauf und -auflagen, sowie über allfällige Wartezeiten bei der Förderungszuteilung zu informieren.
Im Falle einer Antragstellung durch eine Hausverwaltung im Namen und über Auftrag einer Wohnungseigentümergeinschaft ist die Hausverwaltung verpflichtet die einzelnen Wohnungseigentümer nachweislich über die Förderung und deren Voraussetzungen und Auflagen zu informieren.
- Kundinnen und Kunden bzw. wohnungswerbende Personen zu informieren, dass personenbezogene Daten auch mit dem Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Wohnbauförderung ausgetauscht werden und diesen die Datenschutz-Information der Abt. Wohnbauförderung ([Anlage 3](#)) zur Kenntnis zu bringen.

Die antragstellende Person **nimmt zur Kenntnis**, dass

- vor Erteilung der Zusicherung nicht mit dem Bau begonnen werden darf und ein vorheriger Baubeginn den Ausschluss von dieser Förderung zur Folge hat.
- eine Förderung, wenn sie durch unwahre oder unvollständige Angaben bzw. Verschweigen maßgeblicher Tatsachen erwirkt wurde rück zu erstatten ist und Falschangaben auch strafrechtliche Folgen nach sich ziehen können,
- jederzeit stichprobenartige Kontrollen bzw. bauphysikalische Messungen bezüglich der Einhaltung der bauphysikalischen und energetischen und ökologischen Anforderungen durch die Abteilung Umweltschutz durchgeführt werden können. Die Kosten für allfällige Messungen sind von der antragstellenden Person zu tragen und einzuplanen.

Unterschrift
der antragstellenden Person oder des Unternehmens

Erforderliche Unterlagen

Bitte übermitteln Sie **keine Originalunterlagen**, da diese nach elektronischer Erfassung nicht retourniert werden können.

1. **Grundbuchsauszug**
2. **Baurechtliche Genehmigung** des Abbruchs für das Gebäude (Abbruchbescheid)
3. Rechtskräftiger **Baubescheid** oder Baufreistellungsvermerk mit Bauverhandlungsschrift
4. Baubehördlich genehmigte **Baupläne** 1:100
5. **Nutzflächenaufstellung**
6. **Kostenzusammenstellung** – lt. Anlage gemäß detaillierter Kostenvoranschläge
7. **Lageplan** mit Grundstücksbezeichnung
8. **Projektbeschreibung**
9. **Energetische Einreichunterlagen** (Anlage 1)

Hinweis: Eine Bearbeitung ist nur dann möglich, wenn **alle** erforderlichen Unterlagen (in Kopie) angeschlossen sind.

Kontakt / Einreichung

Für Rückfragen oder zum Einreichen des Formulars:

- **Anschrift** Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Soziales und Gesundheit (SGD)
Abteilung Wohnbauförderung (Wo)
Bahnhofplatz 1, 4021 Linz
- **Telefon** (+43 732) 77 20-143 12 und (+43 732) 77 20-142 91
- **Fax** (+43 732) 77 20-21 43 95
- **E-Mail** wo.post@ooe.gv.at
- **Kundendienststunden** Montag bis Freitag von 8:00 bis 12:00 Uhr
- **Energetischer Nachweis**
Für Auskünfte hinsichtlich des energetischen Nachweises steht Ihnen die Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Umweltschutz zur Verfügung:
Telefon (+43 732) 77 20-145 43



Energietechnische Einreichungsunterlagen

Abbruch eines Objektes und Neubau eines Wohnhauses mit mehr als 3 Wohnungen

Amt der Oö. Landesregierung

Abteilung Umweltschutz

Gruppe Bauphysik

Kärntnerstraße 10-12

4021 Linz

per E-Mail: us3.post@ooe.gv.at

Eingangsstempel

Bitte vollständig ausfüllen und Zutreffendes auswählen (☐ = eine Auswahlmöglichkeit, ☐ = mehrere Auswahlmöglichkeiten)

Unterlagen bitte nur in Kopie vorlegen – Originale können nicht retourniert werden!

Für eine raschere und effizientere Förderabwicklung empfehlen wir das Formular per E-Mail einzureichen:

us3.post@ooe.gv.at

1. Antragstellende Firma / Antragstellender Bauträger

1.1 Unternehmensdaten Name / Bezeichnung _____

1.2 Kontaktdaten E-Mail _____

Telefon _____

1.3 Standort Straße _____ Nummer _____

PLZ _____ Ort _____

2. Bauvorhaben

2.1 Allgemeine Angaben Wo-Zahl _____ Anzahl der geförderten Wohneinheiten _____

Bauvorhaben _____

Bauabschnitt _____

PLZ / Ort _____

KG _____ GstNr _____

3. Energietechnische Angaben

3.1 Heizungs- und Warmwasseranlage

Raumwärme ☐ gebäudezentral ☐ wohnungszentral

Warmwasser ☐ gebäudezentral ☐ wohnungszentral

3.2 Wohnraumlüftung Wohnraumlüftung WRG ☐ gebäudezentral ☐ wohnungszentral ☐ raumweise
 Lüftungsgerät _____ (Fabrikat / Type)

Fensterlüftung (natürliche Belüftung) ☐ Ja ☐ Nein

3.3 Hocheffiziente alternative Energiesysteme

Als Heizungs- und Warmwasserbereitungssystem ist eines der nachfolgenden hocheffizienten alternativen Energiesysteme **verpflichtend** vorzusehen:

Biomasse (Hackschnitzel, Pellets) ☐ Raumwärme ☐ Warmwasser Sommer ☐ Warmwasser Winter

Wärmepumpe ☐ Raumwärme ☐ Warmwasser Sommer ☐ Warmwasser Winter

Wärmequelle _____

Ist kombiniert mit einer ☐ thermischen Solaranlage ☐ Photovoltaikanlage

Fernwärme / Nahwärme Fernwärme (aus KWK, Prozesswärme, Abwärme, Geothermie)

☐ Raumwärme ☐ Warmwasser Sommer ☐ Warmwasser Winter

Biogene Nahwärme (mind. 80 % erneuerbar)

☐ Raumwärme ☐ Warmwasser Sommer ☐ Warmwasser Winter

Betreiber _____

Strom Widerstand für Warmwasser (Im Falle von Durchlauferhitzern ist eine Begründung beizulegen)

☐ Warmwasser Sommer ☐ Warmwasser Winter

Andere Technologien

3.4 Ausnahmefall: Erdgas-Brennwert-System nach erfolgter Alternativenprüfung

Der Einsatz hocheffizienter alternativer Systeme kann insbesondere dann als nicht möglich eingestuft werden, wenn keine Anschlussmöglichkeit an die Fernwärme gegeben ist, aus Gründen der Luftreinhaltung der Einsatz bestimmter biogener Energieträger ausgeschlossen ist (Einschränkung nach Immissionsschutzgesetz – Luft) oder keine Lagerungs- und/oder Zulieferungsmöglichkeit für biogene Energieträger besteht. Sollten andere Gründe zutreffen, sind diese gesondert darzulegen und zu begründen.

Alternativenprüfung ☐ Fernwärmeanschluss nicht möglich

UND

☐ Einschränkung aus Gründen der Luftreinhaltung (PM10-Belastungsgebiet)

ODER

☐ keine Lagerungsmöglichkeit und / oder Zulieferungsmöglichkeit für biogene Brennstoffe

(nachvollziehbare Begründung ist beizulegen)

Wenn dies zutrifft, dann: Erdgas-Brennwert ist **kombiniert** mit

☐ einer **thermischen Solaranlage**

Aperturfläche _____ m²

Auslegung: Für die Auslegung einer thermischen Solaranlage gilt als Empfehlung eine Aperturfläche von 2,5 m² je Wohneinheit

☐ einer **Photovoltaikanlage**

Installierte Leistung _____ kW_p

Auslegung: Wenn in Kombination mit Wärmepumpen, dann entspricht die Jahresstromproduktion der PV-Anlage ungefähr dem Jahresstromverbrauch der Wärmepumpe. Ansonsten gilt als Empfehlung: 1 kW_p je Wohneinheit

☐ einer gebäude- oder wohnungszentralen **Lüftungsanlage** (in jeder Wohnung) mit WRG

☐ **Einzelraumlüftern** mit WRG für den hygienisch erforderlichen Luftwechsel in jedem Wohn- und Schlafrum

3.5 Ergänzende Angaben

Verzicht auf mineralölbasierte Dämmstoffe

☐ Ja

☐ Nein

Erforderliche Unterlagen

Im Anschluss an die Einreichung bei der Abteilung Wohnbauförderung sind folgende energietechnische Unterlagen gemeinsam mit der zugeteilten Wo-Zahl, vorzugsweise per E-Mail als (ungeschützte) PDF-Datei, zu übermitteln:

1. Energieausweis (inkl. Eingabe- und Berechnungsdaten)
Rechtmäßig ausgestellter Energieausweis gemäß Oö. Bautechnikgesetz samt technischer Beiblätter
2. Prüfzeugnisse *(Sofern erforderlich)*
3. Baupläne (1:100, inkl. Schnitte, Ansichten, Lageplan)
4. Detailpläne (z.B. Wärmebrücken) *(Sofern erforderlich)*
5. Begründung betreffend Ausnahmefall Erdgas-Brennwert-System *(Sofern zutreffend)*
6. Begründung Warmwasser-Durchlauferhitzer *(Sofern zutreffend)*

Hinweis:

Eine Bearbeitung ist nur dann möglich, wenn **alle** erforderlichen Unterlagen (in Kopie) angeschlossen sind. Unterlage nicht zur Hand? Informationen zum elektronischen Datennachweis finden Sie unter www.land-oberoesterreich.gv.at/nutzungsbedingungen.htm

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass jederzeit stichprobenartige Kontrollen bzw. bauphysikalische Messungen bezüglich der Einhaltung der bauphysikalischen, energetischen und ökologischen Anforderungen durch die Abteilung Umweltschutz durchgeführt werden können. Die Kosten für allfällige Messungen sind vom Förderwerber zu tragen und einzuplanen.

Kontakt / Einreichung

Für Rückfragen oder zum Einreichen des Formulars:

- **Anschrift** Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Umweltschutz
Gruppe Bauphysik
Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz
- **Telefon** (+43 732) 77 20-145 43
- **Fax** (+43 732) 77 20-21 45 20
- **E-Mail** us3.post@ooe.gv.at

Erläuternde Informationen zu „Jahreshaushaltseinkommen“

Einkommensberechnung des Haushaltseinkommens

Bei Neuvermietung oder Verkauf von geförderten Wohnungen im Zuge bzw. nach einer Sanierung ist das Jahreshaushaltseinkommen durch den Vermieter oder Wohnungsorganisator zu prüfen. Das Jahreshaushaltseinkommen des Vorjahres (01.01. bis 31.12.) besteht aus der Summe aller Einkommen der im Grundbuch oder im Miet- oder Kaufvertrag angeführten Personen und der Personen, die mit diesen in einer Lebensgemeinschaft, Ehe oder eingetragenen Partnerschaft leben (auch wenn diese nicht im Grundbuch oder im Miet- oder Kaufvertrag angeführt ist) und darf folgende Einkommensgrenzen nicht übersteigen:

Einkommensgrenzen

- | | |
|---|-----------------------|
| • 1 Person | 50.000 Euro |
| • 2 Personen | 85.000 Euro |
| Für jede weitere Person im gemeinsamen Haushalt ohne Einkommen | zusätzlich 7.500 Euro |
| • Für jede weitere Person im gemeinsamen Haushalt ohne Einkommen mit erhöhter Familienbeihilfe aufgrund erheblicher Behinderung | zusätzlich 8.500 Euro |
| • Alimentationsverpflichtung zum Zeitpunkt der Antragstellung pro Kind | zusätzlich 7.500 Euro |
| • Alimentationsverpflichtung zum Zeitpunkt der Antragstellung pro Kind mit erhöhter Familienbeihilfe aufgrund erheblicher Behinderung | zusätzlich 8.500 Euro |

Grundsätzlich wird für die Berechnung das Vorjahreseinkommen (01.01. bis 31.12.) herangezogen, es kann auch der Durchschnitt der letzten 3 Jahre gerechnet werden oder bei Personen, die eine Alterspension beziehen, der Nachweis für das aktuelle Kalenderjahr.

Einkommen

Das Einkommen ergibt sich aus der Summe der sieben Einkunftsarten nach § 2 Abs. 2 Einkommensteuergesetz 1988. z.B. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und Sonstige Einkünfte

Zum Einkommen gemäß § 2 Z 11 Oö. WFG 1993 zählen:

- bei nicht zur Einkommensteuer veranlagten Personen die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit gemäß § 25 EStG 1988 abzüglich der nachgewiesenen Werbungskosten gemäß § 16 EStG 1988, eines Familienbonus nach § 33 Abs. 3a EStG 1988 bzw. Kindermehrbetrags und der einbehaltenen Lohnsteuer sowie der Abfertigungen, Ausgleichszulagen bzw. Pensionsbonus
- bei zur Einkommensteuer veranlagten Personen die Einkünfte gemäß § 2 Abs. 2 EStG 1988 ohne Abzug des Gewinnfreibetrages (§ 10 EStG 1988), der Sonderausgaben, der außergewöhnlichen Belastungen, der Veräußerungsgewinne, der Freibeträge nach §§ 41 und 105 EStG 1988 abzüglich der Einkommensteuer.
Sind Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit im Einkommensteuerbescheid enthalten, so sind diese hinzuzurechnen.
- bei in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen 55 Prozent des zuletzt festgestellten Einheitswertes
- alle steuerfrei belassenen regelmäßigen Einkünfte zur Deckung des Unterhaltes, die auf Grund eines Rechtsanspruches gewährt werden, z.B. Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, AMS-Bezug, Notstandshilfe, usw. ausgenommen sind:
 - Leistungen aufgrund einer Behinderung
 - Pflegegeld
 - Familienbeihilfe

Zum Nachweis des Einkommens sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Jahreslohnzettel des Dienstgebers bzw. der Einkommensteuerbescheid - Arbeitnehmerveranlagung bei Personen deren Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit stammt
- Einkommensteuerbescheid **und** eine Bestätigung der legitimierten steuerlichen Vertretung (Steuerberater bzw. Bilanzbuchhalter) über die Summe der Privatentnahmen sowie Gewinnausschüttungen für das zuletzt veranlagte Kalenderjahr bei zur Einkommensteuer veranlagten Personen
 - Besteht keine steuerliche Vertretung gilt als Bestätigung die dem Finanzamt vorgelegte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung
- zuletzt vorliegender land- und forstwirtschaftlicher Einheitswertbescheid bei in der Landwirtschaft tätigen Personen
- Bestätigung über die Höhe von Kinderbetreuungs- und Wochengeld,
- Bescheid über den Bezug von Sozialhilfe (bedarfsorientierter Mindestsicherung)
- Bestätigung über den Bezug von Notstandshilfe, Arbeitslosengeld u.dgl.
- Bei Ehegattenunterhalt: Scheidungsurteil
- Bei ausländischen Einkünften: Nachweis durch eine legitimierte steuerliche Vertretung (Steuerberater bzw. Bilanzbuchhalter), die die Höhe der Einkünfte unter Hinweis auf eine Berechnungsunterlage nachweist, in der die Ermittlung der Höhe der Einnahmen sowie der Werbungskosten nach österreichischem Recht dargestellt ist.
- Bestätigung über den Bezug sonstiger einkommensrelevanter Leistungen



Datenschutz-Information der Abteilung Wohnbauförderung

gemäß Art 13 f Datenschutz-Grundverordnung

Wer speichert und verarbeitet meine Daten?

Ihre Daten werden von der Abteilung Wohnbauförderung beim Amt der Oö. Landesregierung verarbeitet und gespeichert. Die Abteilung Wohnbauförderung geht dabei sorgsam und im Rahmen und unter Abwägung von gesetzlich zu berücksichtigenden Verschwiegenheitsverpflichtungen und notwendiger Beteiligung von Betroffenen/Dritten mit den zu verarbeitenden personenbezogenen Daten um.

Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ¹ ist das Amt der Oö. Landesregierung.

Datenschutzbeauftragter für das Amt der Oö. Landesregierung ist die

KPMG Security Services GmbH

4020 Linz Kudlichstraße 41

Telefon: (+43 732) 6938 9901

E-Mail: DSBA-LandOOE@kpmg.at

Welche Daten werden von der Abteilung Wohnbauförderung verarbeitet, zu welchem Zweck und wie werden sie ermittelt?

Die verarbeiteten Datenkategorien ergeben sich aus den jeweiligen Antragsformularen.

Im Oö. Wohnbauförderungsgesetz (Oö. WFG 1993) und den darauf beruhenden Verordnungen sind die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen der Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe genau geregelt.

Daraus ergibt sich der Zweck der Datenverarbeitung und auch die Kategorien der Daten, die verarbeitet werden müssen.

Zweck der Datenverarbeitung ist die Feststellung der Förderungswürdigkeit, die Förderungsabwicklung, die Auszahlung der Fördermittel, die Feststellung der Aberkennung der Förderung und die Sicherung der Förderungsdarlehen.

Zu diesem Zweck werden Daten ermittelt, automationsunterstützt verarbeitet und gespeichert.

Die **Ermittlung der Daten** erfolgt über das Antragsformular sowie über die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung, Finanzbehörden, Gemeinden und Träger der bedarfsorientierten Mindestsicherung, die gesetzlich zur Übermittlung verpflichtet sind. Zum Zweck der Feststellung der Förderungswürdigkeit ist das Land Oberösterreich gesetzlich auch berechtigt, unter bestimmten Voraussetzungen, Angaben über die antragstellenden Personen und alle im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen im Zentralen Melderegister nach dem Kriterium des Wohnsitzes zu prüfen.

Die gesamte Datenverarbeitung in der Abteilung Wohnbauförderung erfolgt auf Grundlage und im Rahmen gesetzlicher Vorschriften, insbesondere auf Basis des § 32 Oö. Wohnbauförderungsgesetz 1993 idgF!

Um eine nach objektiven Kriterien gerechte, faire und transparente Vergabe der Fördermittel zu gewährleisten, ist es erforderlich, bestimmte Daten zu erheben und zu verarbeiten. Bei Nichtbereitstellung der Daten (bspw. Verweigerung von Angaben im Antragsformular, Nichtübermittlung geforderter Unterlagen, etc.) ist eine Förderung nicht möglich.

Werden die Daten an Dritte übermittelt?

Aus dem Zweck der Datenverarbeitung ergibt sich, dass personenbezogenen Daten an „Dritte“ (bspw. Kreditinstitute, Einrichtungen zur Prüfung der Erfüllung der energetischen Verpflichtungen (Energiesparverband), Hausverwaltungen, Bauträger, Gerichte, Finanzbehörden, Revisionsverband) übermittelt werden müssen. Auch diese Übermittlungen erfolgen auf Basis und im Rahmen gesetzlicher Grundlagen.

Wie lange bleiben die Daten gespeichert?

Die Aufbewahrungsdauer ergibt sich aus speziellen gesetzlichen Bestimmungen, durch die allgemeinen Verjährungsfristen und aus den jeweiligen Archivierungs- und Skartierungsvorschriften. Die oö. Landesverwaltung hat demnach gemäß § 3 Oö. Archivgesetz alle Unterlagen, die sie nicht mehr ständig benötigt, nach Ablauf einer durch die Organisationsvorschriften (Skartierungsvorschriften) festgelegten Frist oder spätestens nach 30 Jahren dem Oö. Landesarchiv zur Übernahme (Prüfung der Archivwürdigkeit) anzubieten (Maximalfristen).

Welche Rechte habe ich und an wen kann ich mich wenden?

Nach den Art 15 ff DSGVO besteht ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie in bestimmten Fällen auf Datenübertragbarkeit.

Für allfällige Beschwerden ist die Österreichische Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) zuständig.

¹ Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)